

Politisches Frühstück der SPD ein Erfolg:

Betreuungsgeld ist eine Mehrfach-Katastrophe

Zum dritten Mal hatte Rödermarks SPD zum Politischen Frühstück eingeladen. Thema war das kurz zuvor durch den Bundestag gepeitschte Betreuungsgeld (Herdprämie).

Auch das 3. Polit-Frühstück war ein Erfolg. Und das vor allem inhaltlich: Schon die Anmoderation zitierte die vorherrschende Meinung über das von Schwarz-Gelb durchgedrückte Gesetz - Ursula von der Leyen und Peer Steinbrück bilanzierten es als "Schwachsinn", das Kabarett ätzt: "Drei mal Betreuungsgeld sind ein I-Pad", die Fachöffentlichkeit ist unisono entsetzt.

In ihrer Einführung versuchte Brigitte Baki, Gewerkschafterin und früher selbst Kindergärtnerin, Vorgeschichte, aktuelle Begleiterscheinungen und künftige Folgen sachlich darzulegen. Was von den Betreuungskräften an Empathie und Erziehungsleistung erbracht werde, stehe durchaus gleichwertig neben der elterlichen Beziehungsleistung. Was nicht nur sie so sieht: Dröhnte noch in den Siebzigern des letzten Jahrhunderts Eltern, die eine Betreuung von Kindern unter Drei forderten, noch ein "dann geht doch nach drüben!" entgegen, wird heute das Ex-Drüben von vielen um die Kleinkind-Betreuung beneidet.

Die Zielsetzung der "Realsozialisten" war, erwerbswilligen Frauen die Möglichkeit zum Arbeiten zu geben, und das auch Vollzeit, auch Schicht. Ganz anders Ziel und Wirkung des Betreuungsgeldes: Es werde vor allem Frauen davon abhalten, (zurück) in

den Beruf zu gehen, Geld für eine qualifizierte frühkindliche Bildung zu verdienen und etwas für die eigene Altersvorsorge zu tun. Die Referentin konnte sich nur wundern über ein Gesetz, das überhaupt nur für 30 Prozent der Betroffenen gelte, denn nur für diese wird besten Falls im August 2013 ein Betreuungsplatz für U-3-Kinder vorhanden sein – und nur wer den hat, kann ja auf ihn verzichten; derlei "Wahlfreiheit" zu nennen, sei ein schlechter Scherz.

Spätfolgen auch bei Rente und Bildungschancen

Die Kosten würden die geschätzten 1,2 Milliarden weit übersteigen, die Spätfolgen für die Renten der aus der Arbeitswelt fern Gehalteten seien entsetzlich, die Folgen für die Bildungslandschaft eine weitere Vertiefung der unsozialen Chancen-Zumessung. Und es würde nichts ändern am Fehlen jener 220 000 Betreuungsplätze in 2013, vom fehlenden Personal ganz zu schweigen. Ein Gesetz, das eigentlich niemand will, das niemandem wirklich nutzt, das Geld verbrennt, das die Städte und Gemeinden dringendst bräuchten: Auch die anwesenden Kommunalpolitiker, auch die beiden SPD-Kandidaten für den Bund, Jens Zimmermann, und für den Landtag, Ralf Kunert, auch der Kämmerer des Kreises Offenbach, Carsten Müller, konnten diesem Urteil etwas entgegen setzen. Was auch ...



Referentin Brigitte Baki

Aktuelles aus der Kommunalpolitik in Rödermark:

www.spd-roedermark.de

Einladung Neujahrs Empfang 2013

AM SAMSTAG,
26. JANUAR 2013,
UM 11 UHR
IN DER KELTSCHNEUNE
HÄFNERPLATZ URBERACH,
DARMSTÄDTER STRASSE 18

Ortsdurchfahrt Urberach kann entlastet werden

Die K-L-Trasse (die Umfahrung Urberachs auf bestehenden Kreis- und Landesstraßen Eppertshausen – Messel – Offenthal) steht seit 1980 (!) in allen SPD-Wahlprogrammen. Zwar ist sie nicht vom Tisch, ihre Umsetzung nach der Erneuerung der K 180 Eppertshausen–Messel auf Jahrzehnte nicht zu erwarten. Zu spät hat die Rödermärker Kommunalpolitik versucht, Einfluss zu nehmen. CDU und FDP verfolgten jahrelang andere Ziele, aber auch der AL Bürgermeister Roland Kern, seit 8 Jahren im Amt, wurde erst aktiv, als die Sanierungsweichen schon gestellt waren. Die K-L-Trasse war bei Hessen-Mobil, der Straßenbauverwaltung,

nicht auf dem Schirm, eine Unterstützung durch Landtagsabgeordnete von CDU und FDP nicht erkennbar. Nun hat Urberach den Salat, sprich: weiterhin viel Durchgangsverkehr. Die täglich 7400 Fahrzeuge auf Traminerstraße und Konrad-Adenauer-Straße werden bis 2025 auf etwa 8300 Fahrzeuge anwachsen. Das allerdings nicht zwangsläufig: Eine Umgestaltung der Ortsdurchfahrt könnte den Anstieg bremsen, das Ortsbild verschönern, die Sicherheit steigern und die Aufenthaltsqualität für Fußgänger im Ortskern erhöhen. Sogar ein Radweg auf der Hauptstraße könnte drin sein. Die SPD bleibt dran.

Umdenken bei Haushaltssanierung: Eltern stoppen Gebühren- Wahnsinn von Schwarz-Grün



Endlich mal wieder Interesse an Kommunalpolitik: Kinder und Eltern äußerten ihren Ärger über höhere Kita- und Hortgebühren am 4. Dezember 2012 vor und in der Stadtversammlung.

Mit Erfolg: Die nun erzielten Ergebnisse waren kompromissfähig. Die

ursprünglichen Vorschläge von Kämmerer, Magistrat und CDU/AL Die Grünen nebst FDP und FWG hätten junge Familien in Rödermark über Gebühr belastet. Dagegen hat nur die SPD eine klare Position bezogen- und die Elternschaft erfolgreich protestiert.

Gebühren-Kompromiss sozial vertretbar

Monatliche Gebühren für Kindergärten und Kinderkrippen ab 1.1.2013:

- Der Halbtagesplatz kostet künftig 100 € statt bisher 80 €;
- ein 2/3-Platz 140 € (bisher 122 €);
- der Ganztagesplatz 180 € (bisher 151 €);
- der ursprünglich geplante, heftig umstrittene Zukauf von Randzeiten (7–8 Uhr) bzw. (16–17 Uhr) ist vom Tisch;
- die Betreuungszeiten bleiben somit unverändert bei 7–17 Uhr;
- U3-Plätze (Kinderkrippen) kosten 260 € (bisher 220 €) und entsprechen damit den Gebühren freier Träger;
- Hortplätze kosten ab 1.3.2013 160 € (bisher 141 €);
- die bewährte Geschwister-Regelung bleibt unverändert bestehen.

Wichtige Zusagen stimmten die SPD um

Die Elternproteste und die Hartnäckigkeit der SPD bewogen den Bürgermeister und die Koalitions-Fraktionen zu wichtigen Zusagen: Das Sondermodell Lessingkindergärten, also Mittagsbetreuung durch den Förderverein wird beibehalten. Die Beteiligung der Elternbeiräte wird künftig besser und früher organisiert. Alle bisherigen Betreuungsleistungen bleiben qualitativ und quantitativ gesichert erhalten.

Die Kita- und Hortgebühren kommen bis August 2013 wieder auf den Prüfstand und sollen durch ein noch zu erarbeitendes Modell ersetzt und dabei sozial und einkommensabhängig gestaffelt. Dem konnte dann auch die SPD zustimmen.

Mehr zu Haushalt und Konsolidierung auf Seite 2:

„Schlimmer geht's nimmer!“

Welches Armutszeugnis für die Koalition von CDU/AL: Offenbar getrieben vom Sanierungszwang des Haushaltes wurde still und klammheimlich der Versuch unternommen, eine drastische Erhöhung der Kita-Gebühren durchzupeitschen. Exekutiert werden sollte damit offenbar die desaströse Finanzpolitik der Hessischen Landesregierung. Die Leittragenden wären dabei die jungen Familien gewesen. Diese hätten über Gebühr einen großen Anteil der Haushaltskonsolidierung getragen. Der Kämmerer und die Koalition aus CDU/AL propagierten zunächst, dass die Erhöhungen notwendig, gar alternativlos wären. Der SPD, die sich als einzige gegen diesen blanken Unsinn stellte, wurde Populismus und Effektschere vorgeworfen. Und dann? Gerade mal 72 Stunden betrug die Haltbarkeitsdauer dieses unsäglich, familienfeindlichen Werkes. Geradezu atemberaubend waren die Art und das Tempo des urplötzlichen Sinneswandels bei AL, CDU, FWG und FDP. Elternproteste, über 50 Zuschriften

an den Bürgermeister und Protestaktionen ließen am Ende auch sie zur Vernunft kommen. Spät kam deren Einsicht. Die prägnanten Stellungnahmen der Eltern ließen offenbar dann auch Bürgermeister Kern nicht kalt. Nur durch den „Kunstgriff“ einer Bürgermeistervorlage gelang es am Ende, den anfänglichen Fauxpas der Koalition inhaltlich noch zu korrigieren. Arg durchsichtig auch das abgekartete Spiel mit CDU und AL/Die Grünen. Eine „eigene“ Vorlage, praktisch inhaltsgleich mit der des Bürgermeisters, parallel zu dieser in die Schlussdebatte einzubringen, war der billige Versuch, auf den längst abgefahrenen Zug aufzuspringen und zeigt die Hilflosigkeit dieser Koalition deutlich. Vertrauen in die Politik vor Ort schaffen derlei windige Manöver nicht. Der Versuch der Haushaltskonsolidierung mit der Brechstange hat fast ein Scherbenhaufen angerichtet. Doch die jungen Familien in Rödermark haben sich, unterstützt von der SPD, erfolgreich gewehrt und nach dem Einlenken aller anderen Fraktionen ganz genau hingehört. Denn den versöhnlichen Worten müssen nun Taten folgen. Daran wird sie die Elternschaft messen. „Schlimmer geht's nimmer!“, rief mir am Ende ein Betroffener Vater auf dem Weg nach Hause zu. „Wie die das Fähnchen drehen und ihre Macht hier demonstrieren, das ist schon sensationell“. Dem ist nichts – aber wirklich gar nichts – hinzuzufügen.



Liane Burkhard, stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion in Rödermark

Haushalt soll fit werden für den Rettungsschirm

Die weiteren Konsolidierungsschritte 2013

Vor allem dies soll 2013 insgesamt 1,8 Mio. € Mehreinnahmen bringen:

• Erhöhung der Hundesteuer	2014	1.993.656 €
• Erhöhung der Spielapparatsteuer um 3%	2015	1.815.058 €
• Erhöhung der Grundsteuer B auf 450%	2016	1.649.335 €
• Mehreinnahmen aus Gewerbesteuer	2017	1.495.647 €
	2018	1.353.204 €

Vornehmlich Einsparungen in der Verwaltung sollen mit rund 400 T€ zu Buche schlagen. Mit Mehreinnahmen und Minderausgaben wird der Haushalt um zusammen 2,2 Mio. € entlastet.

Der Magistrat soll bis Anfang 2013 eine Maßnahmenliste zu erarbeiten, mit der die jährlichen Abbauschritte bis hin zum

Haushaltsausgleich und darüber hinaus möglich werden sollen. Dabei sollen mindestens die folgenden Einsparbeträge erreicht werden:

2014	1.993.656 €
2015	1.815.058 €
2016	1.649.335 €
2017	1.495.647 €
2018	1.353.204 €

Diese wäre die Grundlage, um unter den kommunalen Rettungsschirm zu schlüpfen. Die SPD wird sich die einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen ganz genau anschauen und dann entscheiden, wie sie mit dem Rettungsschirm verfährt.



Armin Lauer
Pressesprecher der
SPD-Fraktion

Rödermark hat (noch k) ein Leitbild!

Ein Leitbild fasst Selbstverständnis und Grundprinzipien einer Stadt in Schriftform zusammen. Es formuliert als Zielzustand eine realistische Vision. Ein Leitbild gibt Orientierung, leitet gezielt Handlungen ein, motiviert im besten Falle jeden Einzelnen, bildet den Rahmen für Strategien, Ziele und operatives Handeln.

So viel zur Theorie. Rödermark hat, wie viele andere Städte auch, ein Leitbild gesucht. Und ist zu ähnlichen Ergebnissen gekommen wie andere Städte auch. Denn dort wie hier wurden Bürger danach gefragt, welche Wünsche sie an Ihre Stadt haben. So entstehen Listen mit durchaus nachvollziehbaren Vorstellungen, in Rödermark lange Listen nach erstaunlich kurzer Zeit. Diese bündeln das Lebensgefühl der Bürger, das sich nicht wesentlich von dem in anderen Gemeinden unterscheidet.

Doch ein Leitbild ist erheblich mehr als die Summe geäußelter Wünsche. So wenig mehrheitlicher Wunschkonsens schon eine Vision ist, so wenig wird Zeitdruck und die chroni-

sche Unterversorgung mit notwendigen Informationen und Hintergründen die Orientierung der Teilnehmer am Leitbildprozess verbessern. So geschehen in Rödermark: Kurzfristige Einladungen für Sitzungen, dann noch während der Arbeitszeit, um das Schauen von Fußballspielen der EM zu ermöglichen, ein Start kurz vor der Sommerpause, die dann sofort den Prozess vehement unterbricht, der Druck, rasch fertig zu werden, damit die Ergebnisse in den aktuellen Haushalt einfließen können. Dieses Unterfangen war besonders hoffnungslos, wie der verabschiedete Haushalt zeigt.

Daten sind genug erhoben. Nun müssen daraus die Schätze gehoben werden. Das erfordert Wertzumessung, Abwägung von Wichtigkeit, Abschätzung von Folgewirkungen, das wiederum solide Kenntnisse relevanter Kenndaten und und und. Und Zeit; Engagement ist unabdingbar, kann Kompetenz aber nicht ersetzen. Rödermark mag auf einem guten Weg sein hin zu einem Leitbild, aber am Ziel ist diese Stadt noch lange nicht.

Jens Zimmermann ist unser Bundestagskandidat...

Im kommenden Jahr stehen Bundestagswahlen an. Die Sozialdemokraten in unserem Wahlkreis 187 haben Anfang September ihren Kandidaten nominiert. Für die SPD wird Jens Zimmermann aus Groß-Umstadt ins Rennen um das Bundestagsmandat gehen.

Die Wahl brachte dem 31 Jahre jungen Groß-Umstädter ein deutliches Ergebnis: 93,5 Prozent. Zum Wahlkreis gehören Teile der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Offenbach und Odenwald.

Schwerpunkt Energiepolitik

Die Energiewende zählt für Jens Zimmermann zu einer der wichtigsten Infrastruktur-Herausforderungen des Landes. Vor Ort möchte er dezentrale Erzeuger wie Energiegenossenschaften und Stadtwerke voran bringen. „Von Berlin kommt nur heiße Luft!“. Zimmermann fordert eine Gesamtstrategie und ein eigenes Ministerium für Energie.

Soziale Gerechtigkeit

Jens Zimmermann sieht vor allem auch Handlungsbedarf bei sozialer Gerechtigkeit: „Für mich gilt: Wer 40 Stunden die Woche arbeitet, muss auch davon leben können.“ Daher fordert der SPD Kandidat

einen flächendeckenden Mindestlohn und die finanzielle Gleichstellung von Zeitarbeitern.

Präsenz im Wahlkreis

Zur Arbeit als Abgeordneter vor Ort meint Zimmermann: „Ich möchte regelmäßige Bürgersprechstunden anbieten und Informationsveranstaltungen zu wichtigen bundespolitischen Themen veranstalten. Ich bin Kommunalpolitiker, ich weiß, wie wichtig die ständige Rückmeldung vor Ort ist!“

Jens Zimmermann studierte nach Abitur und Zivildienst Betriebswirtschaftslehre an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Nach Auslandssemester und Stationen bei großen Unternehmen schloss er sein Studium 2007 als Diplom-Kaufmann ab. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand beschäftigte er sich mit den Auswirkungen von sozialem Status auf Konsumgewohnheiten. Neben der zeitaufwendigen Kandidatur für den Bundestag arbeitet Jens Zimmermann als selbstständiger Berater und Marktforscher.

Weitere Informationen im Internet: www.jens-zimmermann.org oder bei Facebook: [facebook.com/Jens-ZimmermannHessen](https://www.facebook.com/Jens-ZimmermannHessen)



Jens Zimmermann

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Ortsverein Rödermark
V.i.S.d.P.: Hidir Karademir, Schweriner Straße 2c, 63322 Rödermark
Redaktion: Liane Burkhard, Stefan Junge, Armin Lauer, Norbert Schultheis
Layout: Karl-Heinz Oberfranz
Auflage: 10.000

...und Ralf Kunert will für uns in den Landtag



Geboren wurde Ralf Kunert am 7. Januar 1973 in Hainhausen. Heute lebt er mit Frau und Tochter in Weiskirchen. Der gelernte Industriekaufmann arbeitet im Vertriebsaußendienst.

Solidarität will gelernt sein

Aufgewachsen ist Kunert mit drei Geschwistern in einer Arbeiterfamilie. Die Hilfsbereitschaft und das Miteinander in der Großfamilie lehrten ihn Solidarität leben. Es war die Zeit von Willi Brandt und Helmut Schmidt, die ihn früh prägte.

2011 hat Ralf Kunert erstmals für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert, wurde rasch stellvertretender Vorsitzender und 2012 Vorsitzender der Fraktion. Ralf Kunerts politische Schwerpunkte liegen bei Sozialem und städtischen Finanzen. Als Kommunalpolitiker mit Regierungs-

verantwortung in Rodgau weiß er, wie schlecht Berlin und Wiesbaden die Kommunen stellen.

„Wer bestellt, muss zahlen“

Ralf Kunert will die Ganztagschule und die Inklusion, will die Kreise als Schulträger finanziell besser ausstatten. Die Betreuungsangebote von „Ganztagschule“ sichern eher Elternvereine und Kommunen. Oft nehmen sie die Enge von Containern oder ehemaligen Klassenräumen in Kauf und ein Mittagessen in Schichten. Die echte Ganztagschule mit Fachpädagogen und Ganztagskonzept gibt es nur in Ansätzen. Das Land stiehlt sich aus der Verantwortung und streicht auch noch jährlich über 340 Millionen € für die Städte und Gemeinden.

Da nutzt auch der „Rettungsschirm“ nichts, denn darunter wird man trotzdem klatschnass.

Siehe Rödermark:

Dort muss brutalst gespart und müssen Gebühren erhöht werden. Das alles ist zutiefst unsozial. Denn auch die Grundsteuer B haben alle zu tragen, egal wie hoch das Einkommen ist. Damit wird Wohnen noch teurer. Auch das ist unsozial und führt zur Verdrängung sozial Schwacher aus den Ballungsgebieten.

Zu alledem hat Kunert als erfahrener Kommunalpolitiker etwas zu sagen, und er will dieses Fachwissen in Wiesbaden einbringen.

Hier schreibt der Chef!

Hidir Karademir hat ein Buch geschrieben. Seine Autobiografie beschreibt vor allem seine Integration in Deutschlands Gesellschaft, Politik und Kultur.

Karademir, seine Lektorin Monika Carbe, sein Verlag Größenwahn sowie der Deutsch-Türkische Freundchaftsverein Rödermark laden Sie ein zur Vorstellung des Buches „Im Zauberland Alanya“ am



Mittwoch, 16.1.2013, um 20 Uhr im Foyer der Kulturhalle Rödermark.

In Anwesenheit von Andrea Ypsilanti (MdL), Gernot Grumbach (Vorsitz SPD Hessen-Süd), Oliver Quilling (Landrat) und Turgut Öker (Vorsitzender der Alevitischen Union Europa) erwartet Sie u. a. Folgendes:

19.30 Uhr Einlass, Sekttempfang, internationale kulinarische Genüsse und internationale Musik.

Entlastung im Ortskern nicht zu Lasten der Rodastraße

Eine Anfrage brachte es ans Licht: Die „Blitzanlage“ an der Rodastraße ist schon länger außer Betrieb. Tempokontrollen finden nicht statt. Doch die Klagen häufen sich...

Die Lärmsituation an der Rodastraße sei, so Bürgermeister Kern, mit der auf der B 486 (Ortsdurchfahrt) nicht zu vergleichen. Er verneinte gar die Notwendigkeit, die Lärmbelastung an der Rodastraße überhaupt anzugehen.

Freilich sei auf der Rodastraße 20% weniger Verkehr, so SPD-Frak-

tionsvorsitzender Stefan Junge. „Wer aber in der Nacht durch Raser-Lärm geweckt wird, dem ist es egal, ob dies durch vier oder fünf Fahrzeuge geschieht.“

Die Rodastraße wird täglich von ca. 5700 Fahrzeugen befahren. Das sind etwa 80% der Belastung der B 486. Für die SPD gilt hier wie da: Der Verkehr muss sozial verträglich fließen – also erst einmal langsamer. Denn er nimmt zu. Besonders, wenn die Ortsdurchfahrt umgestaltet würde, um sie nach Bau der Umfahrung Offenthal weniger attraktiv zu machen (siehe Seite 4), „muss auch auf der Rodastraße etwas geschehen – durch Kontrollen oder bauliche Veränderungen“, fordert Junge.



Wer feiert mit uns?

Was es 2013 zu feiern gibt?

150 Jahre SPD im Land und 145 Jahre SPD in der Röder Mark!

Die Bundespartei feiert am 23. Mai 2013 im Gewandhaus in Leipzig, dem Gründungsort des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ADAV, ihr 150-jähriges Bestehen. Nur fünf Jahre später - 1868 - fand auch in Ober-Roden die Gründung des ADAV und somit der SPD statt! Ober-Roden im damaligen Großherzogtum Hessen, Provinz Starkenburg und im Kreis Dieburg gelegen, hatte zu der damaligen Zeit 1.672 Einwohner. Am 23. Juli 1868 meldete die Zeitung Social-Demokrat, dass Arbeiter in Ober-Roden dem ADAV „beizutreten gedenken“. Beitragsablieferungslisten dokumentieren das ab Oktober 1868. Auch auf den ADAV-Generalsammlungen von 1869 und 1872-74 waren sie vertreten.

Laut diesen Aufzeichnungen darf der SPD-Ortsverein Rödermark im Jahr 2013 sein 145-jähriges Jubiläum feiern – und wird es auch!